

SATZUNG ÜBER DEN VORHABENBEZOGENEN BEBAUNGSPLAN NR. 7

"Betriebserweiterung Elektrofirma EHW" OT Kölzin - Fliegenhof der Gemeinde Kogel

VERFAHRENSVERMERKE

- Aufgestellt im Rahmen der Fertigstellung der Gemeindeverordnung gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB.
- Die für die Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist gemäß § 17 Abs. 1 des LPGL-KV am 13.08.2013 bestätigt worden.
- Die fristgerechte Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB ist durch öffentliche Auslegung in der Zeit vom 29.05.2013 bis zum 01.07.2013 im Amt Zarenzin, Kirchplatz 8, 19246 Zarenzin am Schäalsee, Bauamt, während der Dienstzeiten des Baumes. erfolgt.
- Der von der Planung berührten Beförderten und sonstigen Träger öffentlicher Beliebung sind nach § 4 Abs. 1 BauGB sind frühzeitig mit Schreiben vom 28.05.2013 zur Stellungnahme auch in § 2 auf den erforderlichen Umfang und Detailierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgefordert worden.
- Die Gemeindevertretung hat am 23.09.2014 beschlossen, den Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung sowie dem Umweltbericht und den wesentlichen umweltorientierten Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB offiziell freigegeben.
- Die von der Planung berührten Beförderten und sonstigen Träger öffentlicher Beliebung sind nach § 4 Abs. 1 BauGB und Schreiben vom 3.3.2014 zur Abgabe einer vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahme, haben gemäß § 2 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 24.12.2014 bis 31.12.2014 während folgender Zeiten:
Di 9.00 - 12.00 Uhr und 13.30 - 18.00 Uhr
Do 9.00 - 12.00 Uhr und zu den Dienstzeiten im Amt Zarenzin, Kirchplatz 8, 19246 Zarenzin am Schäalsee, Bauamt, öffentlich freigegeben.
Die öffentliche Auslegung ist am 11.11.2014 im Amtsblatt mit folgenden Hinweisen erreichbar bekannt gemacht worden:
- dass Stellungnahmen während der Auslegungszeit von jedemam schriftlich oder telefonisch vorgebrachte Informationen verfügbare sind und dass nahe bezeichneter Arten umweltbezogener Informationen unbedenklich bleiben können;
- Der überarbeitete Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung und den Texten (Teil A) und dem Text (Teil B), der Begründung, dem Umweltbericht und den wesentlichen bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen, haben gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 25.06.2015 bis 07.07.2015 während folgender Zeiten:
Di 9.00 - 12.00 Uhr und zu den Dienstzeiten
Fr 9.00 - 12.00 Uhr und 13.30 - 18.00 Uhr
Do 9.00 - 12.00 Uhr und 13.30 - 18.00 Uhr
Kogel, 11.02.2016
Siegelabdruck
Gemeinde Kogel
Der Bürgermeister
- Die Gemeindevertretung hat die fristgerechte abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie die Stellungnahmen der Beförderten und sonstigen Träger öffentlicher Beliebung gemäß § 4 Abs. 1 und 2 BauGB sowie § 4 Abs. 1 und 2 BauGB am 23.08.2014 19.05.2015 08.07.2015 geprüft. Das Ergebnis ist mitgetragen worden.
- Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde am 08.12.2015 von der Gemeindevertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung einschließlich des Umweltberichtes wurde mit gleichem Datum gebilligt.
Kogel, 08.12.2016
Siegelabdruck
Gemeinde Kogel
Der Bürgermeister
- Die Satzung sowie die Stelle, bei der die Satzung auf Dauer während der Dienststunden von jedemam eingesehen werden kann und über Inhalt Auskunft erhalten ist, sind am 15.01.2016 gemäß Haupsitzung in Amtsblatt bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verleihung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Wählungen der Abwicklung sowie auf Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB und § 5 Kommunalverfassung M-V) und weiter auf die Fälligkeit und das Erlassdatum von Erschließungsansprüchen (§ 44 BauGB) hingewiesen worden. Die Satzung ist mit Ablauf des 15.01.2016 in Kraft getreten.
Kogel, 08.02.2016
Siegelabdruck
Gemeinde Kogel
Der Bürgermeister
- Die Satzung, sowie die Stelle, bei der die Satzung auf Dauer während der Dienststunden von jedemam eingesehen werden kann und über Inhalt Auskunft erhalten ist, sind am 15.01.2016 gemäß Haupsitzung in Amtsblatt bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verleihung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Wählungen der Abwicklung sowie auf Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB und § 5 Kommunalverfassung M-V) und weiter auf die Fälligkeit und das Erlassdatum von Erschließungsansprüchen (§ 44 BauGB) hingewiesen worden. Die Satzung ist mit Ablauf des 15.01.2016 in Kraft getreten.
Kogel, 08.02.2016
Siegelabdruck
Gemeinde Kogel
Der Bürgermeister

TEIL A - PLANZEICHNUNG

In Ergänzung der Planzeichnung - Teil A - wird folgendes festgesetzt:

1. Bauliche Nutzung

A. Art der baulichen Nutzung gemäß § 12 Abs. 1 BauGB

1.1 Innerhalb des Baublöches 1 (BF1) ist ein Betriebsparkplatz mit ca. 40 Stellplätzen für PKW und Leichttransporter zugelassen.

1.2 Innerhalb des Baublöches 2 (BF2) ist die Errichtung einer Lager- und Unterstellfläche mit der Sanitäranlagen für die Mitarbeiter und Büroarbeiten vorgesehen. Ebenso sind im BF2 die Flächen zum Lagern und Abladen von LKW und Technik sowie zur Tiefgaragenanlage (Kfz-Anlage) zugelassen.

1.3 Gemäß § 8 Abs. 2 BauGB sind nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgrund der gesetzlichen Nutzungen nur insoweit zulässig, sowie sie durch den Durchführungsvertrag gedeckt sind.

B. Maß der baulichen Nutzung

1.4 Gemäß § 16 Abs. 2 Nr. 4 BauGB ist im BF1 eine max. Freiheit von 6,00 m, bezogen auf den gekennzeichneten Einflussbereich von der Kreisstraße 6 zulässig. Gemäß § 16 Abs. 6 BauNVO können aus technischen Gründen höhere Gebäude oder Nebenanlagen außerhalb der max. zulässige Trumhöhe bis zu 30 % überschreiten.

1.5 Gemäß § 22 Abs. 4 BauNVO wird im BF2 für die abweichende Bauweise die Baukörperhöhe auf max. 70 m begrenzt.

C. Sonstiges

1.6 Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB ist das anfallende Niederschlagswasser der Dachflächen innerhalb des Pauschalwertes der Verteilung und Lagerung. Die beim Nachweis genötigte Versickerung, innerhalb des Pauschalwertes zulässig.

2. Grünflächen und Erhaltungsgebiete

gemäß § 9 Abs. 11 M-V 256 BauG

2.1 Die Grünflächen P1 - P4 sind als landeshaltspärtnerisch gestaltete Flächen mit Rosen anzurechnen und zum Schutz des Konsumraumes der Bevölkerung auf Dauer zu erhalten. Eine Meld ist bis 3x jährlich zulässig.

2.2 Die Grünfläche P4 ist grüttisch oder lärdschaftsgärtnerisch zu bewirtschaften. Sowohl Grasland als auch Rosen und Gräserpflanzungen sind zulässig.

2.3 In der Fläche mit Anpflanzgebiet M1 ist eine Baumreihe im Qualität 3x verpfändet und auf Dauer zu erhalten. Eine Meld ist max. 2x im Jahr zu Jem 15.12.2016.

2.4 Die Flächen mit Maßnahmen zum Schutz zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft M2 ist als Steuerobstwiese mit mind. 17 ST. Hochstammtraube STU 10-12 und in ihrer Latsche mit einem empfohlenen Mindestabstand von 8m zu pflanzten zu errichten. Die Pflanze ist im Gebiet von Schäalsee zu verwenden.

2.5 Der Bereich der Steine sollte nicht mehr als 15 cm starken Erdreich zu überdecken. Die Steine sollten so möglichst vielfältig sein. Die Hohlräume zwischen den Steinen sollten so gewählt werden, dass Prädatoren wie Marder nicht überwinternden Tiere schädigen können.

3. Verteilung zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen

gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauB und BMG

3.1 BF1 sind die Lärmentzonen sowie begrenzt, dass die immissionsschädigenden Schallleistungsspegel (IFSP) in dB(A)m² nicht überschritten werden:

3.2 BF2 sind die Lärmentzonen sowie begrenzt, dass die immissionsschädigenden Schallleistungsspegel (IFSP) in dB(A)m² nicht überschritten werden:

3.3 Die emmissionswirksame Fläche, auf die sich die immissionsschädigende flächenbezogenen Schallleistungsspegel (IFSP) beziehen, ist die gesamte Fläche des jeweiligen Bauteiles.

3.4 Die zulässigen Betriebe und Anlagen am Kontingent der Gesamtausmission richten sich nach deren Anteil an der emmissionsschädigenden Gesamtausmission des jeweiligen Bauteiles.

3.5 Bei lärmberelevanten Arbeiten, in der im B-Potential stehenden Lager- und Unterkunftsgebäude ist abzusichern, dass in der Südwestwand des jeweiligen Hallenraumes gelegene Tore geschlossen sind.

3.6 Arbeiten an Sämtl. und Feierlägen sind im Pranggebiet nicht zulässig.

4. Gestaltung gemäß § 8 Abs. 4 BauGB iVm. § 86 BauO-MV

Örtliche Bauvorschrift für das Bebauungsplangebiet

5. Allgemeine Hinweise

1. Im Pauschalwert eines öffentlichen Schmutzwasserkanals durch einen Kläranlage neu zu errichten. Anträge sind bis 30 cm hohen Sockel, 300 m nicht übersteigen.

2. Die Dachränder sind als Satteldächer mit einer Neigung von 15 bis 30 grad und einem Dachüberstand von 1000 mm bis zu 40 m (Unterstand bis zusätzliche Geschossfläche) zulässig. Die Verwendung von Sozialmodulen auf den Dächern ist statthaft.

3. Um Reflektionen in die Umgebung auszuschließen sind weiße oder glänzende Außenverkleidungen von Gebäuden und Farbanstriche sind in einem grünen Farbtönen herzustellen.

6. Artenschutzrichtlinien

1. Als Minimierung- und Vermeidungsmaßnahmen wird der Einbau von 1 Fledermausfassaden-Fachkästen mit Rückwand mit der Südflanke oder Gleichtiefe an der bestehenden Halle festgelegt.

2. Generell ist bei Erdarbeiten darauf zu achten, dass steile Böschungen verhindert werden, die Gräben und Stubben schnellstmöglich zu entfernen und vorher eventuelle herangefallene Reptilien/Amphibien aus dem Graben zu entfernen.

3. Als Vorsorgemaßnahme sind 2 Leesestellen auf der Fläche M2 anzulegen. Die Steine (elba) haben sollten 2 Kubikmeter zu liefern. Bei einer Anzahl von etwa 30 unbedeutetem Bereich ist die Anzahl der Steine zu erhöhen. Das Mahngut ist zerkleinert auf der Flächen gleichmäßig zu verteilen, oder aufzuturmsatzten. Pflanzen sollte Pflanzfläche.

4. Der Beginn der Pflanzarbeiten ist der 1. April. Pflanzzeit soll von 1. Mai bis 30. Juni dauern. Nach der Pflanzzeit soll ein Abstand von 10 cm zwischen den Pflanzen stehen. Nach der Pflanzzeit soll ein Abstand von 10 cm zwischen den Pflanzen stehen.

5. Der Pflanzzeit soll eine Pflanzzeit von 20m sind zulässig, der Abstand der Gruppen / Einzelpflanzen mit Pflanzabständen von 2m sind zulässig, der Abstand der Gruppen / Einzelpflanzen sollte 10 m befristet.

6. Pflanzzeit sollte 10 m befristet.

7. Sonstige Ostgemarkte; Verbisschutz ist vorzusehen

Äpfel; Allander, Frankfurterhain, Roter Boskop, Cox Orange, Ontario, Rote Sternenfalte, Danziger Kanapei, Jakob Fischer, Riesenbirne, Riesenkönig, Conference Birnen; Clappa Liebling, Galions Butterbirne, Gute Luisje von Arnolds, Confiture Plaum: Königin Victoria, Di. Halszweische, Anna Späth, Wangenheim, Pfirsiche: Prinzessin, Kirschen; Oktaiva, Regina

Ergänzungen um weitere alte Obstsorten aus NW oder lokale Sorten sind möglich.

Bäume; norddeutsche Provenienz, Verbisschutz ist vorzusehen.

Wildobst; Holzapfel (Malus sylvestris), Hobzine (Pyrus communis), Elsbeere (Sorbus aucuparia) sowie Feld Ahorn (Acer campestre) oder Sand-Birke (Betula pendula)

8. Planzeichnung

Es gilt die Verordnung über die bauliche Nutzung der Bekanntmachung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. April 2006 (GVÖBl. M-V S. 102) in der zur Zeit rechts gültigen Fassung - vorponniert am 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 19811 S. 58), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509).

Der Bürgermeister,
J. Böse

Die Gemeindevertretung,
J. Böse

Die Beförderten,
J. Böse

Die Sanitäranlagen,
J. Böse

Die Flächenbezogene Auslegung,
J. Böse